

Vorlage Nr. 101.20.91

16. Juni 2026
1 von 2

Auswirkungen geplanter Honorarkürzungen in der Psychotherapie auf die kommunale Versorgungslage

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Bildung, Jugend, Gesundheit und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir bitten den Magistrat

1. darzustellen, welche Auswirkungen die auf Bundesebene diskutierten bzw. geplanten Honorarkürzungen für psychotherapeutische Leistungen auf die ambulante psychotherapeutische Versorgung in Kassel haben.
2. darzustellen, welche kommunalen Maßnahmen und Netzwerke zur Unterstützung der psychischen Gesundheit in Kassel bestehen und wo deren strukturelle und finanzielle Grenzen liegen.

Begründung:

Psychische Erkrankungen stellen eine zentrale gesundheitliche und soziale Herausforderung dar. Bereits heute bestehen auch in Kassel teils lange Wartezeiten auf ambulante psychotherapeutische Behandlungen. Die auf Bundesebene vorgesehenen Honorarkürzungen für psychotherapeutische Leistungen bergen das Risiko, diese Situation weiter zu verschärfen.

Auch wenn die Honorierung psychotherapeutischer Leistungen keine originäre kommunale Zuständigkeit ist, treffen die Folgen einer unzureichenden Versorgung die Kommunen unmittelbar. Verzögerte oder ausbleibende Behandlungen führen häufig zu einer stärkeren Inanspruchnahme kommunaler Unterstützungsstrukturen, insbesondere in der Jugendhilfe, bei Beratungsstellen, im Sozialpsychiatrischen Dienst sowie im schulischen Umfeld.

Damit entstehen zusätzliche soziale, organisatorische und finanzielle Belastungen, die von der Stadt Kassel getragen werden müssten. Der Antrag zielt darauf ab, die lokalen Auswirkungen transparent zu machen, die kommunale Perspektive in die politische Debatte einzubringen und eine fundierte Grundlage für mögliche weitere politische Schritte zu schaffen.

Die Behandlung psychischer Erkrankungen ist ein wesentlicher Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Einsparungen auf Bundesebene dürfen nicht zu einer Verlagerung der Probleme und Kosten auf die kommunale Ebene führen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anja Lipschik

gez. Pilar Butte
Fraktionsvorsitzende

gez. Eva Koch
Fraktionsvorsitzende